

Große Anfrage

der Abgeordneten Walter Kolbow, Dieter Heistermann, Ernst Kastning, Gerhard Neumann (Gotha), Ilse Schumann, Peter Zumkley, Robert Antretter, Hans Büttner (Ingolstadt), Gernot Erler, Katrin Fuchs (Verl), Norbert Gansel, Konrad Gilges, Monika Heubaum, Gerd Höfer, Erwin Horn, Lothar Ibrügger, Gabriele Iwersen, Fritz Rudolf Körper, Volker Kröning, Dr. Uwe Küster, Robert Leidinger, Herbert Meißner, Manfred Opel, Kurt Palis, Georg Pfannenstein, Siegfried Scheffler, Horst Schild, Brigitte Schulte (Hameln), Bodo Seidenthal, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Uta Titze-Stecher, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Hans Wallow, Verena Wohlleben, Uta Zapf, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Lage und Zustand der Bundeswehr

Die Bundesrepublik Deutschland braucht Streitkräfte zur Sicherheitsvorsorge. Deren Hauptaufgabe besteht in der gemeinsamen Landes- und Bündnisverteidigung. Darüber hinaus können die Streitkräfte auf Beschluß des Deutschen Bundestages bei friedenssichernden Missionen im Rahmen der VN und der OSZE eingesetzt werden. Dazu sind Streitkräfte erforderlich, die personell und materiell effektiv strukturiert, gut ausgebildet und modern ausgerüstet sind.

Ziel der Sicherheitspolitik ist die auf gegenseitiges Vertrauen gegründete Sicherheitspartnerschaft zwischen allen Staaten Europas im Interesse zuverlässiger Stabilität.

A. Einleitung

I. Sicherheitspolitische Lage

Das Streben nach Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Die Gewährleistung von Sicherheit ist deshalb eine Kernaufgabe staatlicher Vorsorge, die von den Bürgern erwartet wird.

Sicherheit wird heute als Teil der politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Prozesse im weltweiten Maßstab betrachtet.

Für die Bundesrepublik Deutschland bleibt trotz der seit 1989 grundlegend verbesserten Sicherheitslage die Landes- und Bündnisverteidigung die Kernaufgabe der Streitkräfte (Artikel 87 a GG). Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 ermöglicht darüber hinaus auf der Basis des Artikels 24 GG den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im

Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit, wie es z. B. die VN darstellen.

Die Bundesregierung ist grundsätzlich verpflichtet, für einen solchen Friedenseinsatz der Streitkräfte die vorherige und konkrete konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen. Deshalb ist die Bundeswehr ein „Parlamentsheer“.

Die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland hat sich nach Ende des Kalten Krieges und nach Überwindung der deutschen Teilung grundlegend verbessert.

Dessenungeachtet hat die Gefahr von regionalen Krisen und Konflikten innerhalb und außerhalb Europas, die auch Deutschlands Sicherheit betreffen kann, zugenommen.

II. Zustand der Bundeswehr

Die Bundeswehr ist in einem besorgniserregenden Zustand. Dringend notwendige Modernisierungen von Fahrzeugen, Waffen und Ausrüstung werden nicht vorgenommen. Fehlende Ersatzteile und fehlendes Geld für zivile Instandsetzungsleistungen beeinträchtigen den Betrieb der Bundeswehr, insbesondere im Heer. Gesicherte Erkenntnisse belegen, daß der Klarstand bei allen Luftfahrzeugen unbefriedigend ist.

Hinzu kommt, daß Hubschrauber stillgelegt werden, um Ersatzteile zu gewinnen und damit andere Hubschrauber flugtauglich halten zu können.

Zudem ist in den letzten zwölf Monaten die Zahl der Engpaßartikel bei den Ersatzteilen in der Bundeswehr stark angestiegen.

Durch die Beteiligung der Bundeswehr an der militärischen Absicherung des Friedensprozesses im ehemaligen Jugoslawien wird der Truppe im Inland noch zusätzlich Ausrüstung und Gerät entzogen, das nicht ersetzt wird. Darunter leiden Ausbildung und Betrieb.

III. Motivation der Soldatinnen und Soldaten sowie der zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die seit Jahren unrealistische Bundeswehrplanung und die leeren Versprechungen über Planungssicherheit sind nicht ohne erhebliche negative und nachteilige Auswirkungen auf die Angehörigen der Bundeswehr und deren Familien geblieben. Persönliche Verunsicherung, Vertrauensverlust in Staat und Politik und ein hoher Grad an Demotivation oder gar „innerer Kündigung“ sind die Folge.

Diese besorgniserregende Entwicklung wird noch verstärkt durch die schlechte Materiallage und die Mängel im Betrieb der Bundeswehr.

Die Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Anspruch auf besondere Fürsorge. Die Angehörigen der Bundeswehr brauchen eine eindeutige Perspektive, Klarheit in der Aussage der politischen und militärischen Führung sowie persönliche Planungssicherheit. Nur

so kann verlorengegangenes Vertrauen zurückgewonnen und neu gefestigt werden.

Die außerdienstliche materielle Grundsicherung der Wehrpflichtigen ist schon lange nicht mehr gegeben. Der Wehrsold ist seit 1992 nicht erhöht worden, trotz gestiegener Lebenshaltungskosten.

IV. Finanzen/Kosten

Gegenüber dem 29. Finanzplan des Bundes und der damit verbundenen Plafondgarantie werden der Bundeswehr mit dem 30. Finanzplan bis zum Jahr 2000 über 7 Mrd. DM entzogen. Allein im Verteidigungsetat 1997 fehlen 1,9 Mrd. DM.

Zusätzlich bestehen Zahlungsverpflichtungen von 2 Mrd. DM, für die im Haushalt 1997 bisher keine Deckung benannt worden ist.

Viele Waffensysteme sind über die geplante Lebensdauer in Betrieb gehalten und nicht zeitgerecht ersetzt worden. Sie verursachen überdurchschnittlich hohe Betriebskosten. Das Verhältnis von Betriebskosten und Investitionen entwickelt sich zusehends ungünstiger und bleibt auf Jahre weit hinter dem Erfordernis von 30 % Investitionsanteil zurück.

Wir fragen die Bundesregierung:

B. Die Bundeswehr im Bündnis

I. Sicherheitspolitische Lage

1. a) Um welche Krisen und Instabilitäten handelt es sich, wenn der Bundesminister der Verteidigung davon spricht, daß Krisen und Instabilität im Krisenbogen zwischen Nordafrika und dem Kaukasus „die südliche Flanke der NATO aus einer vormaligen Randlage ins Zentrum unseres strategischen Interesses bringen“?
- b) Welche Auswirkungen haben sie auf die deutsche Sicherheitslage und die gemeinsame Verteidigungsplanung in der NATO?
2. a) Teilt die Bundesregierung die vom Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes geäußerte Besorgnis, daß auch die Bundesrepublik Deutschland mittel- bis langfristig in die Reichweite von Massenvernichtungswaffen aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens oder Nordafrikas gelangen wird?
- b) Welche Erkenntnisse gibt es insbesondere über Raketenprogramme des Irak und Iran?
- c) Von welchen Ländern geht nach Einschätzung der Bundesregierung eine mögliche Bedrohung in welcher Weise aus, und an welche Schutzmaßnahmen wird hierbei gedacht?
3. a) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in Europa nach einer Öffnung der NATO?

- b) Sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Möglichkeit weiterer Abrüstungsschritte in Europa?
- c) Welche Initiativen wird die Bundesregierung hierzu ergreifen?

II. Sicherheitspolitisches Konzept

- 4. a) Wie und in welchem Zeitraum will die Bundesregierung mit den Partnern eine Gemeinsame Europäische Sicherheitspolitik im Sinne des Vertrages von Maastricht entwickeln, zu der auch europäische Streitkräfte gehören?
 - b) Wie soll dabei die Ressourcen- und Aufgabenteilung der Mitgliedstaaten gestaltet werden?
- 5. a) Sieht die Bundesregierung angesichts der sicherheitspolitischen Entwicklung in Europa die Notwendigkeit, die Bundeswehrplanung zu überprüfen?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- 6. a) Gibt es auf europäischer Ebene Absprachen, Verhandlungen und Konzepte, die zum Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungsstruktur führen können?
 - b) Welche Initiativen hat die Bundesregierung bislang hierzu ergriffen oder beabsichtigt sie zu ergreifen?
- 7. Warum setzt die Bundesregierung keine unabhängige, gesellschaftsübergreifende Kommission ein, die Vorschläge zur Bundeswehrstruktur und zur gemeinsamen europäischen Verteidigung erarbeiten soll?
- 8. a) Beabsichtigt die Bundesregierung, in der Bundeswehr ein eigenes „VN-Kontingent“ speziell auszubilden und für Einsätze unter VN-Mandat ständig einsatzbereit und verfügbar zu halten?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- 9. a) Beabsichtigt die Bundesregierung, sich mit einem Kontingent der Bundeswehr an der „Stand-by High Readiness Brigade“ für die VN zu beteiligen, die Mitte Dezember 1996 beschlossen wurde und ab 1999 einsatzbereit sein soll?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- 10. a) Wie weit sind Planungen in der NATO fortgeschritten, westeuropäische Mitgliedstaaten am US-Programm für den Aufbau einer ballistischen Raketenabwehr (Global Protection Against Limited Strikes) zu beteiligen?
 - b) Gibt es hierzu Vorstellungen der Bundesregierung über konkrete Entwicklungsprogramme, der möglichen Beteiligung deutscher Auftragnehmer und der möglichen Kostenbeteiligung der Bundesrepublik Deutschland?
- 11. a) Welche sicherheitspolitische Bedeutung hat aus Sicht der Bundesregierung das deutsch-französische Projekt zur Entwicklung einer gemeinsamen Satellitenaufklärung?

- b) Verfügt die Bundesregierung angesichts der Absicht einer Zusammenarbeit mit Frankreich bei der Entwicklung von Satelliten zur Raumgestützten Aufklärung über ein abgestimmtes Konzept zwischen den Ressorts?
12. a) Hält die Bundesregierung ein eigenes Führungszentrum für erforderlich, das ressortübergreifend alle Maßnahmen im Ausland koordinieren kann – analog dem Führungszentrum der Bundeswehr?
- b) Wenn ja, wie ist es geplant, und welche Kompetenzen soll es dann erhalten?

C. Struktur und Umfang der Bundeswehr

I. Bundeswehr

13. a) Gibt es Planungen über die Einrichtung weiterer bi- oder multilateraler Organisationseinheiten (Einheiten, Verbände, Großverbände, Kommandobehörden, Stäbe) mit Beteiligung von Kontingenten der Bundeswehr?
- Wenn ja,
- aa) auf welcher Führungsebene,
 - bb) mit welchem konkreten militärischen Auftrag,
 - cc) zu welchem Zeitpunkt,
 - dd) mit welchen deutschen Truppen-Kontingenten?
14. a) Zu welchen Ergebnissen hat zwischenzeitlich die Erprobung gemeinsamer Führungsstrukturen im Stab und in den Truppenteilen des I. Deutsch/Niederländischen Korps geführt?
- b) Wann ist mit dem Abschluß dieser Erprobung und der Vorlage eines entsprechenden Regierungsabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zu rechnen?
15. Welche Erfahrungen liegen vor, und wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Zusammenarbeit
- a) im Euro-Korps,
 - b) im Deutsch/Amerikanischen Korps?
16. Wie wirkt sich der Grundwehrdienst von zehn Monaten auf die Einsatzbereitschaft der Einheiten und Verbände aus?
17. a) Welche bisherigen Ausbildungsinhalte wurden nach Umstellung des Grundwehrdienstes auf zehn Monate gestrichen?
- b) Welche Ausbildungsinhalte wurden neu eingeführt?
18. Sind die derzeitigen Ausbildungsinhalte für Grundwehrdienstleistende zur Erfüllung der militärischen Anforderungen ausreichend, oder bedürfen sie der Berichtigung?

II. Bundeswehr in den neuen Ländern

19. Wieviel Prozent der Dienstposten der Bundeswehr in den neuen Ländern sind durch Mitarbeiter besetzt, die das niedrigere „Ost-Gehalt“ beziehen?
20. Wann gedenkt die Bundesregierung den sowohl verfassungsrechtlich bedenklichen wie auch menschlich diskriminierenden Zustand der niedrigeren Ost-Besoldung zu beseitigen, zumal in den Streitkräften anders als im zivilen Bereich unterschiedlich besoldete Beschäftigte die gleiche Arbeit nebeneinander leisten müssen?
21. a) Wie gedenkt die Bundesregierung die Versorgungslücke bei von der Nationale Volksarmee (NVA) in die Bundeswehr übernommenen Berufssoldaten zu schließen, wenn die bis 1998 vorgesehene Übergangslösung, diese Soldaten länger im Dienst behalten zu können, ausläuft?
 - b) Beabsichtigt die Bundesregierung, auf eine Novellierung des § 26 a des Soldatenversorgungsgesetzes gemäß dem vorliegenden Gesetzentwurf hinzuwirken?
 - c) Ist die Bundesregierung zur Lösung dieses Problems, falls der o. a. Gesetzentwurf nicht verabschiedet werden kann, bereit, die Vordienstzeiten in der NVA als ruhegehaltstfähig anzuerkennen, zumal diese Soldaten für die Integration der NVA in die Bundeswehr Entscheidendes geleistet haben und ihre Zahl begrenzt ist?
22. a) In wie vielen Standorten in den neuen Bundesländern ist das Ausstattungsniveau in den Truppenunterkünften, Wirtschaftsgebäuden und Betreuungseinrichtungen noch nicht an den Standard der alten Bundesländer angeglichen?
 - b) Bis wann kann dies beseitigt werden?
23. a) Welche Probleme gibt es für Bundeswehrangehörige bei der Wohnungsfürsorge?
 - b) Wie stehen die Chancen, Bundesdienstwohnungen zu erhalten, insbesondere wenn Bundeswehrangehörige aus den alten in die neuen Bundesländer versetzt werden?

III. Heer

24. a) Ist die Ausbildung im Heer (Hauptverteidigungskräfte – HVK, Krisenreaktionskräfte – KRK, Ausbildungsorganisationen) aufgrund der Personallage bei Offizieren und Unteroffizieren sowie durch Bereitstellung genügend einsatzbereiter Rad- und Kettenfahrzeuge, Munition, Betriebsstoff und Übungsplätze sichergestellt?
 - b) Wo gibt es welche Schwachstellen?
25. a) Stimmen Zeitungsberichte über eine Dokumentation des Führungsstabes des Heeres vom 14. Januar 1997, wonach sich „in den letzten Monaten die Hinweise

- verdichten, daß ein reibungsloser Friedens- und Ausbildungsbetrieb nicht mehr überall sichergestellt ist“?
- b) Wenn ja, wo ist der Friedens- und Ausbildungsbetrieb nicht mehr sichergestellt?
 - c) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Friedens- und Ausbildungsbetrieb im Heer überall sicherzustellen?
26. Ist die Ersatzteilversorgung wie erforderlich gewährleistet?
- Wie lange reichen die Ersatzteilbestände aus, und wie werden sie wieder aufgefüllt?
27. Bis wann sind die HVK einsatzbereit und die Stationierung der Truppenteile abgeschlossen?
28. Bis wann sind die KRV einsatzbereit, ggf. in welchen zeitlichen Schritten?
29. a) Wie verläuft der personelle Aufwuchs in den KRK?
- b) Wie wird sichergestellt, daß ausreichend längerdienende Soldaten für den Aufwuchs in den KRK in den jeweiligen Jahresschritten zur Verfügung stehen?
 - c) Wie wird sichergestellt, daß ausreichend längerdienende Spezialisten ausgebildet und zeitgerecht für den Aufwuchs in den KRK in den jeweiligen Jahresschritten zur Verfügung stehen?
30. a) Ist die Aufrechterhaltung einer jährlichen Kilometerbegrenzung für Rad-/Kettenfahrzeuge weiterhin beabsichtigt?
- b) Wenn ja, warum und welche jährlichen Begrenzungen gelten für die einzelnen Fahrzeugtypen?
31. Welche Schäden treten durch die durch die Kilometerbegrenzung bedingten Standzeiten bei welchen Fahrzeugtypen auf?
32. Wann wird die Ausrüstungslücke – Transportpanzer Fuchs – für die Jägerbataillone mit KRK-Auftrag geschlossen sein, bzw. in welchen zeitlichen Schritten und in welcher Stückzahl erfolgt diese Schließung?
33. In welchem Verhältnis werden bei Aktivierung einer ansonsten „nicht aktiven Brigade“ aktives Personal und Reservisten vorgesehen?
34. a) Wie viele Heimatschutzbataillone werden als Vorsorge für Landes- und Bündnisverteidigung aufgestellt?
- b) Wie ist deren Aufstellungsstand und die weitere Entwicklung geplant?

IV. Luftwaffe

35. Wie viele Flugzeuge der Bundeswehr sind jeweils für Einsatzrollen in der
- a) Luftverteidigung,

- b) Aufklärung,
c) Gegenoffensive
derzeit eingesetzt bzw. zum Ende des Planungszeit-
raumes vorgesehen?
36. Ist die Erfüllung der vom Bundesministerium der Ver-
teidigung (BMVg) festgelegten militärischen Aufträge in
den jeweiligen Einsatzrollen gewährleistet, und wo be-
stehen Defizite?
37. Welche militärischen Aufgaben sollen für die Luftstreit-
kräfte künftig Priorität haben?
38. Welche Anstrengungen unternimmt das BMVg, um
innerhalb des Atlantischen Bündnisses zu einer größeren
Arbeitsteilung im Bereich Luftverteidigung, Luftangriff
und Luftaufklärung zu gelangen, womit Ressourcen und
Kosten eingespart werden könnten?
39. Welche Anteile der deutschen Luftstreitkräfte sind in
welchen Einsatzrollen ausschließlich für nationale Auf-
gaben und welche für NATO-Aufgaben vorgesehen?
40. Wie soll angesichts der bestehenden Haushaltssituation
und der absehbaren -entwicklung die Waffensystem-
struktur der Luftwaffe modernisiert werden, wenn es
bekanntermaßen neben dem Bedarf für ein neues Jagd-
flugzeug bei nahezu allen anderen Systemen ebenso
dringenden Erneuerungsbedarf gibt?
41. Gibt es Überlegungen, die insgesamt unausgewogene
und z.T. durch zu viele Führungsebenen überladene
Struktur der Luftwaffe neu zu organisieren und betriebs-
kostensparend anzupassen?
42. Wie soll die Luftwaffe künftig auf ihre Aufgabe in der
Landes- und gemeinsamen Bündnisverteidigung vorbe-
reitet werden, wenn ihre Kräfte und Mittel zum großen
Teil ausschließlich für die Beteiligung an Krisenreak-
tionseinsätzen verplant werden?
43. Wie sind die Pläne für eine erforderliche Erhöhung der Jah-
resflugstunden für fliegende Besatzungen, um die Befähig-
ung zur fliegerischen und operationalen Beherrschung
ihrer Einsatzmuster aufrechtzuerhalten bzw. wiederzuge-
winnen?
44. a) Was geschieht mit den aus dem fliegerischen Einsatz
gehenden Flugzeugen des Musters ALPHA-JET?
b) Wäre eine geplante Stillstandswartung sinnvoll und
wirtschaftlich?

V. Marine

45. a) Ist die Auftragerfüllung der Marine voll gewährlei-
stet?
b) Wo gibt es ggf. Einschränkungen oder Defizite?
46. a) Welche Initiativen gibt es, um zu Arbeitsteilung und
Rollenspezialisierung mit anderen Seestreitkräften im
Bündnis zu kommen?

- b) Was sind die bisherigen Ergebnisse?
47. a) Welcher Anteil der Marine gehört zu den KRK?
b) Wie ist bei diesem Anteil der geforderte Bereitschaftsstand, und werden hierbei die Erfordernisse erfüllt?
48. Welche Überlegungen und Planungen gibt es, auch außerhalb von Manövern und Übungen, Verbände europäischer Marinen zusammenzustellen, um dadurch der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) stärker Ausdruck zu verleihen?
49. a) Wie viele Seetage wird die deutsche Flotte 1997 im Vergleich zu 1995 und 1996 getrennt nach Schiffs- und Bootsklassen haben?
b) Wie viele Seetage lagen außerhalb des europäischen Seegebietes bzw. werden außerhalb des europäischen Seegebietes liegen?

VI. Sanitätsdienst

50. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die sanitätsdienstliche Versorgung der Soldaten sicherzustellen
- a) im Frieden,
b) bei Einsätzen außerhalb des Landes,
c) im Rahmen der Landesverteidigung?
51. Wie ist der zeitliche Ablauf der notwendigen Umstrukturierungen des Sanitätsdienstes (organisatorisch, personell und materiell) vorgesehen für
- a) Friedens-Sanitätsdienst,
b) Sanitätsdienst bei Einsätzen außerhalb des Landes,
c) Sanitätsdienst im Rahmen der Landesverteidigung?
52. Wie wird die erforderliche Aus-, Fort- und Weiterbildung und Inübnunghaltung des Sanitätspersonals sichergestellt für
- a) Sanitätsoffiziere,
b) Sanitätsunteroffiziere,
c) Mannschaften im Sanitätsdienst?
53. Wie hat sich die Beteiligung der Sanitätstruppe am IFOR-/SFOR-Einsatz auf die sanitätsdienstliche Versorgung in den Heimatstandorten ausgewirkt?
54. a) Wie kann angesichts der Einsätze der Sanitätstruppe – insbesondere der Ärzte – außerhalb unseres Landes die sanitätsdienstliche Versorgung in den Standorten und den Bundeswehrkrankenhäusern sichergestellt werden?
b) Wie könnte in diesem Fall die sanitätsdienstliche Versorgung in der Krise und im Verteidigungsfall sichergestellt werden?
55. Gibt es in kleineren Standorten der Bundeswehr Schwierigkeiten bei der sanitätsdienstlichen Versorgung, z. B.

auch bei Schießvorhaben, Truppenübungsplatzaufenthalten oder bei Übungen?

56. Erfolgt die sanitätsdienstliche Versorgung der Soldaten in den Standortsanitätszentren nur jeweils innerhalb der Grenzen eines Wehrbereiches, oder gibt es die Möglichkeit, daß diese sanitätsdienstliche Versorgung rein nach regionalen Gesichtspunkten (Nähe des Patienten zum Standortsanitätszentrum) erfolgt?
57. Was hat die Bundesregierung bei Auslandseinsätzen zum Schutz der Sanitätssoldaten und -soldatinnen und der Sanitätseinrichtungen veranlaßt?

VII. Territoriale Wehrverwaltung

58. Gibt es Überlegungen oder bereits Planungen, die Organisationsstruktur der Territorialen Wehrverwaltung nach Art (Aufgaben in den Dienststellen der hierarchischen Ebenen) und Umfang (Organisationselemente) zu verändern?
Gegebenenfalls welche?
59. Welche Möglichkeiten zur Kosteneinsparung sieht die Bundesregierung in einer Verringerung der Wehrbereichsverwaltungen?
60. Wie soll die Dienstpostenstruktur des Personalstrukturmodells 340 (PSM 340) bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Bundeswehr im Vergleich zum PSM 370 gestaltet werden (Aufschlüsselung der jeweiligen zivilen Dienstposten nach Amtsbezeichnung und Dotierung)?
61. a) Gibt es Unterschiede bei den zivilen Dienstposten hinsichtlich Anzahl und Dotierung in den Organisationselementen der KRK und der HVK (Aufschlüsselung der jeweiligen zivilen Dienstposten nach Amtsbezeichnung und Dotierung)?
b) Wenn es sie gibt, wie werden sie begründet?
62. Welche Möglichkeiten zur Kosteneinsparung sieht die Bundesregierung darin, die Baukompetenz von den Länderverwaltungen (Oberfinanzdirektionen, Staatsbauämtern) auf die Wehrbereichsverwaltungen zu übertragen?

VIII. Personal

63. Aus wie vielen Verbänden (Bataillongröße) und selbständigen Einheiten ist Personal zu den in Ex-Jugoslawien eingesetzten IFOR-/SFOR-Kräften versetzt oder kommandiert bzw. abgeordnet worden?
64. Wie hoch war zu den Zeitpunkten die Antrestärke der o. g. abgebenden Verbände/Einheiten in Prozent vom STAN-Soll?
65. Beabsichtigt die Bundesregierung, Frauen neben dem Sanitäts- und Militärmusikdienst auch für andere Verwendungen in den Streitkräften zuzulassen und dazu auf

- eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes hinzuwirken?
66. Welche Erfahrungen haben die Streitkräfte mit Soldatinnen bisher gemacht?
67. a) Wie gedenkt die Bundesregierung den Motivationsverlust bei den Soldaten auszugleichen, der dadurch entsteht, daß sie nicht in angemessener Zeit zum nächsthöheren Dienstgrad befördert werden, obwohl sie z. T. länger als ein Jahr höherwertige Aufgaben erfüllen oder für diese qualifiziert sind?
- b) Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß Hauptfeldwebel/Hauptbootsmänner nicht mit diesem Dienstgrad pensioniert werden, und ist der Bundesregierung bewußt, daß dann die Witwen solcher Soldaten Versorgungsbezüge nahe dem Sozialhilfesatz beziehen?
68. Wie gedenkt die Bundesregierung die auch nach 1998 erforderlichen Reduzierungen des Personals der Bundeswehr (Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Beamte, Angestellte, Arbeiter) sozialverträglich zu gestalten?
69. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die schon vorhandene Dienstverdrossenheit, die sich durch die bisherigen ständigen Umgliederungen der letzten fünf Jahre aufgestaut hat, abzubauen, wenn acht Jahre vor Ende des Umgliederungszeitraumes die gesetzlichen (Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetz zum 31. Dezember 1997) und tarifvertraglichen (Tarifvertrag über den sozialverträglichen Personalabbau zum 31. Dezember 1998) Bestimmungen auslaufen?
70. Wann gedenkt die Bundesregierung für die Feldwebel eine eigene Laufbahn einzurichten, um damit einerseits die Benachteiligung gegenüber den Mannschaften und Offizieren und andererseits gegenüber anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes (Polizei) zu beseitigen, wo künftig Eingangssämter nach Besoldungsgruppe A 5 besoldet werden?
71. Wie viele unbesetzte Unteroffizierdienstposten in welchen Dotierungen gab es in den Jahren 1995 und 1996, und welche Auswirkungen hatte dies auf die Ausbildung (unbesetzte Gruppenführer-/Zugführer-Dienstposten)?
72. Wie gedenkt die Bundesregierung zu verhindern, daß künftig Unteroffiziere mit dem Dienstgrad Hauptfeldwebel pensioniert werden, und wie verträgt sich dies mit der Tatsache, daß viele Unteroffizierdienstposten unbesetzt (siehe oben) sind?
73. Wie viele Reservistenkameradschaften gibt es, die mit Verbänden/Einheiten der Bundeswehr Patenschaften geschlossen haben?
74. Wie viele gemeinsame Veranstaltungen im Bereich militärischer Weiterbildung wurden dazu in 1996 durchgeführt?

75. a) Wie viele Reservistenkameradschaften gibt es, die mit befreundeten Streitkräften Patenschaften geschlossen haben?
- b) Welche Kosten entstanden dem Bund 1996 durch solche Veranstaltungen?
76. a) Wie viele Reservisten waren 1996 Mob-beordert?
- b) Wie viele der 1996 Mob-beordneten Reservisten der Bundeswehr sind nach Kenntnis der Bundesregierung Mitglied im Verband der Deutschen Bundeswehr e.V.?
- c) Wie viele der 1996 Mob-beordneten Reservisten der Bundeswehr wurden zu Wehrübungen einberufen?
77. a) Wie viele Reservisten der Bundeswehr leisteten 1996 im Rahmen des deutschen Kontingents IFOR eine Wehrübung?
- b) Wie viele waren zum Zeitpunkt der Einberufung zur Wehrübung arbeitslos?
- c) Wie viele Reservisten der Bundeswehr, die im Rahmen des deutschen Kontingents zu einer Wehrübung einberufen wurden, sind dieser Einberufung nicht gefolgt?
- d) Welche Gründe lagen dabei vor?
78. a) Wie viele Offiziere und Unteroffiziere der Reserve wurden 1996 in Wehrübungen, auf Lehrgängen oder in der Truppe für ihre Führungs- und Funktionsaufgaben aus- und weitergebildet?
- b) Wie viele und welche Spezialisten sind darüber hinaus in Wehrübungen für mögliche Verwendungen in den KRK weitergebildet worden?

IX. Material/Beschaffung

79. Welche nationalen, bilateralen, multilateralen und NATO-weiten Beschaffungsvorhaben von Flugzeugen, Flugkörpern und fliegendem sowie flugtechnischem Gerät sind im Planungszeitraum fest eingeplant, und wie sieht der vorgesehene jährliche Mittelabfluß für Entwicklung und Beschaffung aus?
80. Welche Mehrkosten entstehen dem Bundeshaushalt durch die Streckung diverser Beschaffungsvorhaben (z. B. UHU, NH-90 etc.)?
81. a) Wie hoch sind die Lebenslaufkosten des Eurofighters 2000 veranschlagt?
- b) Welcher Verdrängungseffekt würde durch die Beschaffung des Eurofighters 2000 für andere Beschaffungsnotwendigkeiten entstehen, und welche Vorsorgemaßnahmen werden getroffen, um die negativen Auswirkungen für andere Rüstungsvorhaben zu begrenzen?
82. a) Wie hoch sind die Lebenswegkosten des MRCA-TORNADO veranschlagt?

- b) Ist nach mehrjähriger Entwicklungsverzögerung nunmehr die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit des Tornado Self Protection Jammer (TSPJ) gemäß „Forderungskatalog 88“ gegeben?
 - c) Wieviel Mittel hat das BMVg bisher zur Entwicklung des TSPJ verausgabt?
 - d) Wieviel Mittel hat das BMVg bisher für die Beschaffung des TSPJ verausgabt?
83. a) Welche Finanzierungsmöglichkeiten prüft das BMVg, um die Beschaffung von Transportmaschinen des Typs FLA/FTA ggf. zu realisieren?
- b) Wie hoch bewertet das BMVg das Kostenrisiko bei der Verwirklichung des sog. „Single Phase Commercial Approach“ beim Beschaffungsvorhaben FLA/FTA?
 - c) Über welche Kaufalternative zur Ablösung der Transall C-160 denkt die Bundesregierung nach?
84. a) Plant das BMVg ggf. auch ohne französische Beteiligung den NH-90 und MH-90 zu beschaffen, und wie hoch wären die Mehrkosten?
- b) Über welche möglichen Kaufalternativen zum NH-90 bzw. MH-90 denkt die Bundesregierung nach?
 - c) Welche vom BMVg vertretenen Planungen werden auch von den jeweils beteiligten Staaten im vollen Umfang mitgetragen, und welche aus der derzeitigen Situation abzuleitenden Kompromisse hinsichtlich der Rüstungsplanung müssen hingenommen werden?
 - d) Welche Auswirkungen auf die Haushaltslage ergeben sich daraus kurz-, mittel- und langfristig?
85. a) Plant das BMVg ggf. auch ohne französische Beteiligung den UHU zu beschaffen, und wie hoch wären die Mehrkosten?
- b) Über welche möglichen Kaufalternativen zum UHU denkt die Bundesregierung nach?
86. a) Warum ist nach Auffassung der Bundesregierung die Verlagerung des Beschaffungsvorhabens NH-90/MH-90 in dem Verantwortungsbereich der multilateralen Rüstungskooperationsagentur OCCAR geeignet, den Zwang zur Harmonisation, der zu Zeitverzögerungen führt und dadurch die kostenexplosive Inbetriebhaltung vorhandener überalterter Waffensysteme bedingt, auszugleichen?
- b) In welcher Weise verändert sich dadurch der Arbeits-, Zeit- und Finanzplan?
87. Gedenkt die Bundesregierung ggf. das Kleinfluggerät zur Zielortung (KZO/Brevel) im nationalen Alleingang zu beschaffen?
88. Ist es dem BMVg mittlerweile gelungen, einen bündnis-einheitlichen Standard für ein Freund-Feind-Kennungsgerät (IIF) zu erreichen und somit auf kostspielige Eigen-

entwicklung bzw. Ankauf von veralteten Geräten (Mark XII) zu verzichten?

89. Bei welchen Großgeräten der Bundeswehr und in welchem Umfang wird „ein gesteuerter Ausbau von Ersatzteilen“ – analog den ca. 50 Hubschraubern des Typs Bell UH-1D – auf Anordnung oder möglicherweise eigenmächtig praktiziert, um die übrigen Großgeräte einsatzbereit zu halten?
90. a) Ab wann und in welchen jährlichen Zulaufraten soll das gepanzerte Transportkraftfahrzeug (GTK) eingeführt werden?
- b) Welche Haushaltsmittel sind dafür jeweils eingeplant?
91. a) Wie ist die Ablösung der Lkw in Jahresschritten bis zum Jahr 2010 geplant, die im Jahr 2000 ca. 20 Jahre alt sein werden?
- b) Welche Haushaltsmittel sind dafür jeweils eingeplant?
92. a) Wie sieht die gegenwärtige Programm- und Kostenplanung für „HELIOS-II“ und „HORUS“ aus?
- b) Wie hoch ist dabei der jeweilige Anteil der Bundesrepublik Deutschland?
- c) Wie sollen die entstehenden Kosten innerhalb der Ressorts der Bundesregierung aufgeteilt werden?
93. a) Bedeutet die von der Bundesregierung erwirkte Zusage, sich erst im Haushaltsjahr 1998 an den Programmkosten beteiligen zu müssen, einen Zahlungsaufschub der im Jahr 1997 anfallenden Kostenbeteiligung für „HELIOS-II“ und „HORUS“?
- b) Sind diese Kosten in 1998 nachzuzahlen?
94. a) Teilt die Bundesregierung – auch vor dem Hintergrund der in der bundesdeutschen Wissenschaft in letzter Zeit vermehrt geäußerten Zweifel an der Entscheidung der Bundesregierung für die Beteiligung an den Satellitenprogrammen HELIOS und HORUS – die Ansicht, daß die von ihr öffentlich genannten Aufgaben der Satelliten z. T. von bereits aktiven Satelliten privater Betreiber und Anbieter übernommen und die Ergebnisse auf dem freien Markt erworben werden können?
- b) Welchen für die nationale Sicherheit unabdingbaren Vorteil verspricht sich die Bundesregierung von der Beteiligung am Satellitenprogramm, die das Ausgabenvolumen von mehreren Milliarden DM Entwicklungs-, Beschaffungs- und Betriebskosten in den nächsten Jahren rechtfertigt?
- c) Wie sieht die Kosten-Nutzen-Analyse einer Beteiligungslösung am HELIOS-/HORUS-Programm im Vergleich zum Kauf von Satellitenaufklärungsdaten auf dem freien Markt, hinsichtlich der Verifikationsaufgaben bei Inkrafttreten des Open-Skies-Vertrages oder anderer Alternativen aus?

- d) Wie reagiert die Bundesregierung auf die Fusionsaussetzung zwischen Aerospatiale und der DASA beim Satellitenprogramm?
95. a) Wie glaubt die Bundesregierung, die auch von ihr für unabdingbar erklärte Erhaltung der Kernfähigkeit der deutschen wehrtechnischen Industrie sicherstellen zu können?
- b) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch den Erhalt der Mindestkapazitäten das bisherige Preisgefüge für Rüstungsgüter zu erhalten ist, oder ist sie der Auffassung, daß bei Wegfall von Kernkapazitäten die künftigen Beschaffungskosten von Rüstungsgütern deutlich steigen werden?
96. Welche Auswirkungen hat das Schrumpfen der deutschen Rüstungskapazität und die damit einhergehende Konzentration auf den Wettbewerb und die Preisgestaltung für militärische Beschaffungsvorhaben?
97. Muß die Bundesregierung eine Kapazitätenreserve der wehrtechnischen Industrie zur schnellen Produktion von Rüstungsgütern für Krisenzeiten sicherstellen, und welche Vorstellungen gibt es dafür?
98. a) Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung den bestehenden Engpaß in der Ersatzteilbeschaffung (Stau von ca. 18 Arbeitsmonaten) für den Betrieb und die Ausbildung der Bundeswehr beseitigen?
- b) Kann die Arbeitsfähigkeit des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in diesem Bereich durch Personalaufstockung erhöht werden?
- c) An welche sonstigen Maßnahmen ist gedacht?

D. Betrieb der Bundeswehr

99. Wie viele rein nationale Übungen und Manöver wurden in den Jahren 1995 und 1996 durchgeführt
- a) in der Bundesrepublik Deutschland,
- b) im Ausland?
- c) Wie viele Soldaten waren jeweils beteiligt?
- d) Welche Kosten entstanden jeweils für diese Übungen?
100. Wie viele bi- und multinationale Übungen und Manöver wurden in den Jahren 1995 und 1996 durchgeführt
- a) in der Bundesrepublik Deutschland,
- b) im Ausland?
- c) Wie viele Soldaten waren beteiligt
- aa) deutscher Nationalität,
- bb) anderer Nationen?
- d) Welche Kosten entstanden jeweils für diese Übungen und Manöver
- aa) in der Bundesrepublik Deutschland,
- bb) im Ausland?

101. Welche Auswirkungen hat die unzureichende Materialerhaltungslage auf die Einsatzbereitschaft und die Ausbildungstätigkeit der Streitkräfte?
102. Wie will die Bundesregierung zukünftig negative Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft und die Ausbildungstätigkeit aufgrund unzureichender Materialerhaltung vermeiden?
103. Welche Haushaltsmittel sind in welchen Jahresschritten eingeplant, um für die Mannschaftstransportwagen M 113, die nur bedingt verkehrssicher sind, aber bis über das Jahr 2010 hinaus in Betrieb gehalten werden sollen, eine Nutzungsdauerverlängerung zu erreichen?
104. Welche Haushaltsmittel sind in welchen Jahresschritten eingeplant für die Umrüstung des in Feuerlöschanlagen für gepanzerte Fahrzeuge verwendeten umweltgefährdenden Mittels Helon auf ein umweltverträgliches Mittel?
105. a) Wie groß sind die STAN-Zahlen der jeweiligen Typen von Luftfahrzeugen der Bundeswehr, und wie viele waren im Januar 1997 jeweils voll einsatzbereit?
b) Wie hat sich ihre Einsatzbereitschaft über die letzten zwei Jahre hin verändert?
c) Wie ist das Verhältnis der jeweiligen Luftfahrzeuge zu den Besatzungen (Operational Ready), das 1:1,5 bis 1:2 betragen soll?
106. Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, den IFOR-Einsatz der TORNADO aus Piacenza und nicht von einem deutschen Flugplatz der Bundeswehr, z. B. in Süddeutschland, durchzuführen?
a) Wie hoch waren die Kosten pro Monat für den Einsatz der TORNADO im Rahmen von IFOR aus Piacenza gegenüber den Kosten, die bei einem Einsatz von einem deutschen Flugplatz (inkl. AVZ etc.) entstehen würden?
b) Wieviel Personal der Luftwaffe befindet sich für den SFOR-Einsatz in Italien und in welchen Standorten?
c) Warum wird der SFOR-Einsatz der RECCE-TORNADO aus Piacenza und nicht von einem deutschen Flugplatz durchgeführt?
d) Wie hoch sind die Kosten pro Monat für den Einsatz der RECCE-TORNADO im Rahmen von SFOR aus Piacenza gegenüber den Kosten, die bei einem Einsatz von einem deutschen Flugplatz (inkl. AVZ etc.) entstehen würden?
107. Welche Auswirkungen hat die Schwerpunktverlagerung – weg von der Zivilvergabe hin zur Ersatzteilbeschaffung und der militärischen Instandsetzung –
a) auf die militärische Ausbildung des Logistik-Personals,
b) auf den Übungs- und Ausbildungsbetrieb,
c) auf die Ersatzteilbevorratung,

- d) auf die Einsatzlage und Verfügbarkeit des Großgerätes,
 - e) auf die Haushaltsmittel, die für Industrie und gewerbliche Wirtschaft bislang benötigt wurden,
 - f) auf die Haushaltsmittel, die künftig für die Ersatzteilbeschaffung und militärische Instandsetzung in der Bundeswehr benötigt werden?
108. a) Welche Probleme gab es 1996 bei der Betriebsstoffversorgung in der Bundeswehr?
- b) Welche Probleme wird es voraussichtlich 1997 bei der Betriebsstoffversorgung geben?
109. a) Welche Probleme gab es 1996 bei der Munitionsversorgung (Manöver-, Übungs- und Gefechtsmunition) in der Bundeswehr?
- b) Welche Probleme wird es voraussichtlich 1997 bei der Munitionsversorgung (Manöver-, Übungs- und Gefechtsmunition) geben?

E. Finanzen/Kosten

110. Wie hoch sind die jährlichen Absenkungen des Verteidigungshaushaltes/Einzelplan 14 ab 1996 und der Finanzplanung bis 2002 gegenüber dem ursprünglichen Haushaltssoll 1996 und der damaligen Finanzplanung („Plafondsgarantie“ der Bundesregierung)?
111. In welchem Ausmaß weichen der finanzielle Logistikbedarf und die tatsächliche Finanzzuweisung in 1997 sowie der Logistikbedarf und der Plankostenrahmen der Jahre 1998 bis 2000 für die einzelnen Teilstreitkräfte voneinander ab?
112. Hält die Bundesregierung es weiterhin für möglich, das Ziel der Erhöhung des verteidigungsinvestiven Anteils auf 30 % des Einzelplans 14 in den Jahren 1999/2000 durch Einsparungen in den Bereichen Personal- und Betriebsausgaben und entsprechende finanzielle Umschichtungen innerhalb des Verteidigungsetats zu erreichen?
113. Aus welchen Bereichen sollen in welchem Umfang im Finanzplanungszeitraum Umschichtungen zugunsten der verteidigungsinvestiven Ausgaben erfolgen?
114. a) Wie hoch war das bisherige Einsparpotential in Jahresschritten bei den Maßnahmen „Aufwandsbegrenzung und Rationalisierung“ bis Ende 1996?
- b) Wie hoch wird das Einsparpotential in Jahresschritten bis zum Jahr 2002 erwartet?
115. Wie wird die Bundesregierung einer Veralterung und nicht mehr zeitgemäßen Ausrüstung der Bundeswehr angesichts des geringen Investitionsanteils entgegenwirken?
116. Welche Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr, die die Aufnahme im Bundeswehrplan 1997 gefunden haben, sind bislang verschoben worden?

117. Wie hoch werden die Forschungs-, Entwicklungs- und Beschaffungskosten sowie die jährlichen Materialbetriebskosten in Jahresschritten bis zum Jahr 2010 für die großen Systeme

- Eurofighter 2000 einschließlich Bewaffnung und Ausbildung,
- neues Transportflugzeug (FTA),
- Nachfolgesystem HAWK (TLVS/MEADS),
- Kampfwertsteigerung PATRIOT,
- Kampfwertsteigerung TORNADO,
- Satellitenaufklärungssystem (raumgestützte Aufklärung) RGA,
- Kampfwertsteigerung AWACS,
- Strategische Aufklärung (Allied Ground Surveillance System) AGS

veranschlagt, und welche Auswirkungen wird das auf wichtige Beschaffungsvorhaben des Heeres und der Marine haben?

118. Mit welchen weiteren Verschiebungen bei der Entwicklung und der Beschaffung rechnet die Bundesregierung angesichts weiterer Einsparungen im Haushaltsplan?

119. Ist die Bundesregierung davon überzeugt, daß der Personalumfang der Bundeswehr im Frieden und der Verteidigungsumfang bei der jetzigen Haushaltslage und der prognostizierten Haushaltslage zu halten sind?

120. Mit welchen zusätzlichen Ausgaben (z. B. Zinskosten) rechnet die Bundesregierung in 1997 und den Folgejahren bis 2002 aufgrund Bemühungen, für unter Vertrag befindliche Vorhaben mit der Industrie einer Streckung von vereinbarten Zahlungsplänen zu erreichen?

121. Wie hoch ist der finanzielle Anteil (in jährlichen Raten und insgesamt) nach dem Stand des Bundeswehrplans 1997, der für große Beschaffungsvorhaben als Ausgabebelastung auf künftige Haushalte ab 1998 bis nach 2001 verlagert wird?

F. Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft

I. Weiterentwicklung des Wehrdienstes/Wehrform

122. a) Welche Erfahrungen haben die Teilstreitkräfte jeweils mit „Freiwillig länger Wehrdienstleistenden“ gemacht?

b) Welche Probleme ergeben sich dadurch bei der Personalsteuerung?

c) Wurde dadurch Ausbildungskapazität eingespart?

123. Welche durchschnittlichen jährlichen Kosten veranschlagt die Bundeswehr für einen

- GWDL-Soldaten (W 10),
- Mannschaftssoldaten, SaZ 4,

- Unteroffizier/Feldwebel, SaZ 8,
 - Offizier, SaZ 8?
124. Welche Erfahrungen haben die Streitkräfte von Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und den USA mit Freiwilligenstreitkräften nach Abschaffung der Wehrpflicht gemacht?
125. Welche Verpflichtungszeiten sind in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und den USA möglich?
126. Welche durchschnittlichen Verpflichtungszeiten liegen in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik Deutschland vor?
127. Wie hoch ist der Anteil der Soldaten in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik Deutschland, die vor der Einstellung
- Schüler ohne Schulabschluß,
 - Schüler mit Schulabschluß,
 - Schüler mit Abitur oder vergleichbarem Schulabschluß waren?
128. Wie hoch ist der Anteil der Soldaten in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik Deutschland, die vor der Einstellung
- arbeitslos ohne Berufsausbildung und
 - arbeitslos mit Berufsausbildung waren?
129. Wie hoch ist der Anteil der Soldaten in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik Deutschland
- mit Erfahrung aus einem zivilen Arbeitsverhältnis als ungelernte Arbeitskraft,
 - mit Erfahrung aus einem zivilen Arbeitsverhältnis mit Berufsabschluß?
130. Was kostet jährlich umgerechnet in DM in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik Deutschland ein Soldat auf Zeit in der Laufbahn
- der Mannschaften,
 - der Unteroffiziere und
 - der Offiziere
- mit jeweils einer durchschnittlichen Verpflichtungszeit von acht Jahren im letzten Dienstjahr?
131. Wie sind die Soldaten in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und den USA nach ihrer Dienstzeit versorgt?

- Wie ist die Versorgung nach dem Dienstzeitende (DZE) geregelt?
 - Wie sehen die Regelungen nach einer durchschnittlichen Verpflichtungszeit von acht Jahren aus?
 - Welche durchschnittlichen Kosten entstehen den Streitkräften in der Versorgung nach DZE in den Laufbahnen
 - der Mannschaften,
 - der Unteroffiziere und
 - der Offiziere?
132. Welche Erfahrungen haben die Streitkräfte von Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und den USA mit Frauen in ihren Streitkräften gemacht?
133. a) Werden Frauen in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und den USA auch in der Kampftruppe eingesetzt?
- b) Welche Erfahrungen haben diese Streitkräfte gemacht, in denen Frauen in der Kampftruppe eingesetzt sind?

II. Innere Führung

134. Wie gedenkt die Bundesregierung das Konzept der „Inneren Führung“ vor dem Hintergrund der neuen Sicherheitslage Deutschlands und der Auslandseinsätze weiterzuentwickeln?
135. a) Auf welche Weise wird das Konzept der „Inneren Führung“ in bi- und multinationalen Organisationseinheiten verwirklicht?
- b) Sollen die bewährten deutschen „Führungsmerkmale“ bei wenig ausgeprägter Neigung einzelner Allianz-Partner, diese unter ihrem jeweiligen Kommando zu dulden, möglicherweise eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden?
136. Welche Ergebnisse haben die Verhandlungen der beteiligten Nationen zur Erreichung gemeinsamer, praktischer Rechtsnormen (Wachdienst, Kfz-Betrieb, Personalbeförderung usw.) in den Bereichen der multinationalen Korps erbracht?
137. Wie bewertet das BMVg Veröffentlichungen in bundeswehreigenen Publikationen, bei denen zu erkennen ist, daß der Verfasser – ein Soldat – Probleme mit den Grundsätzen der Inneren Führung aufzeigt (z. B. „Soldat und Technik“, Nr. 7/1996, „Information für die Truppe“, Nr. 4/1995 und Nr. 7/1996)?
138. a) Welche Ereignisse, Entwicklungen und Persönlichkeiten in der seit 42 Jahren bestehenden Geschichte der Bundeswehr hält die Bundesregierung für traditionswürdig?
- b) Gedenkt die Bundesregierung, die Richtlinien für die Tradition in diesem Sinne zu erweitern?

- c) Beabsichtigt die Bundesregierung, Richtlinien zur Gestaltung von Traditionsräumen zu erlassen?
139. Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um eine höhere Vorgesetztendichte zur Ausbildung der Soldaten zu erreichen?
140. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der modernen Kommunikationstechniken und Führungsmittel auf das Prinzip der Auftragstaktik?
141. Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der neuen sicherheitspolitischen Lage Deutschlands für die Inhalte der politischen Bildung gezogen?
142. Wie gedenkt die Bundesregierung die kontinuierliche Durchführung der politischen Bildung in allen Untergliederungen der Bundeswehr, aber auch bei bi- und multinationalen Organisationseinheiten, sicherzustellen?
143. a) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den nach Feststellung der Wehrbeauftragten zu niedrigen Stellenwert des staatsbürgerlichen Unterrichts (Ausfall vieler Pflichtstunden) zu heben?
- b) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Vorgesetzten in den Einheiten klarzumachen, daß der staatsbürgerliche Unterricht ein notwendiger und unverzichtbarer Teil der Gesamtausbildung ist?
144. Wie viele Bundesmittel standen 1996 und stehen 1997 für die politische Bildung der Soldaten in der Truppe zur Verfügung?
145. a) In welchem Umfang wurden die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit zivilen Trägern der politischen Bildung genutzt?
- b) Wie hoch waren 1996 die Kosten dieser Nutzung?
- c) Wie viele Bundesmittel stehen für 1997 dafür zur Verfügung?
146. a) Stehen den Einheitsführern in den Streitkräften Unterrichtsmaterialien zur Verfügung, mit denen sie die Soldaten über die Gefahren rechtsradikaler Tendenzen aufklären können?
- b) Um welche Materialien handelt es sich?
147. Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß immer wieder erkannte Defizite in der Anwendung des Soldatenbeteiligungsgesetzes durch Vorgesetzte behoben werden?
148. Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß die Vertrauenspersonen und ihre Stellvertreter nach der Wahl gut und richtig eingewiesen und ausgebildet werden?

Bonn, den 18. März 1997

Walter Kolbow
Dieter Heistermann
Ernst Kastning
Gerhard Neumann (Gotha)
Ilse Schumann
Peter Zumkley
Robert Antretter
Hans Büttner (Ingolstadt)
Gernot Erler
Katrin Fuchs (Verl)
Norbert Gansel
Konrad Gilges
Monika Heubaum
Gerd Höfer
Erwin Horn
Lothar Ibrügger
Gabriele Iwersen
Fritz Rudolf Körper
Volker Kröning

Dr. Uwe Küster
Robert Leidinger
Herbert Meißner
Manfred Opel
Kurt Palis
Georg Pfannenstein
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Brigitte Schulte (Hameln)
Bodo Seidenthal
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Uta Titze-Stecher
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Hans Wallow
Verena Wohlleben
Uta Zapf
Rudolf Scharping und Fraktion

